

Hans Holzhammer/Franz Merli/Andreas Stadler/Gerhard Wagner

Das neue Polen in Europa. Eine Einführung

Inhaltsübersicht:

1. Ausgangspunkt und Zielsetzung dieses Buches
2. Umfassende Transformation
 - 2.1. Politik
 - 2.2. Recht
 - 2.3. Wirtschaft
 - 2.4. Gesellschaft
3. Fazit

1. Ausgangspunkt und Zielsetzung dieses Buches

Polen hat einen entscheidenden Beitrag zur friedlichen Revolution in Mitteleuropa, zum Ende des Kalten Krieges und zum Zusammenbruch des Kommunismus geleistet. Mit *Solidarność* gaben die Polen dem zu Ende gehenden Jahrhundert eine Vision, und sie gaben ihrem Land ein neues Gesicht. Auch wenn heute der Berliner Mauerfall als Symbol für diese Revolution und das Ende der Teilung der Welt in einen kommunistischen Osten und einen freien Westen steht, so ist dieser Prozess doch undenkbar ohne die Arbeiterstreiks der 1980er Jahre in Polen, vor allem die Werft-Aufstände in Danzig, und ohne die Kompromisse des Runden Tisches, an dem es gelang, die feindlichen Lager zusammenzubringen. Die *Solidarność* hat eine zuvor so gut wie unvorstellbare Transformation eingeleitet, die das gesamte Leben der Polen grundlegend verändert hat.

Die Entwicklung ist auch 1990 nicht stehen geblieben. Die Herausbildung eines pluralistischen Parteiensystems, die Neudefinition der Rolle des Landes in Europa, die wirtschaftliche Transformation, der Umbau der Rechtsordnung und die kulturelle Neuorientierung erfolgten in immer neuen Schüben, die nicht zuletzt von den Anforderungen des Beitritts zur EU ausgelöst wurden. Heute ist Polen eine europäische Mittelmacht und ein wichtiger EU-Mitgliedstaat mit ausgeprägtem Eigenprofil und spezifischen Interessen, der sich durch wirtschaftliche Dynamik, Innovationsbereitschaft und kulturelles Selbstbewusstsein auszeichnet.

Relativ wenig davon ist in Österreich bekannt. Außerhalb von Spezialistenkreisen besteht das Polen-Bild oft aus alten Klischees, die der Wirklichkeit nicht Stand zu halten vermögen. Das ist umso bedauerlicher, als die oft zitierte „kulturelle Nachbarschaft“ zwischen Österreich und Polen inzwischen auch durch enge politische und wirtschaftliche Beziehungen ergänzt worden ist und viel an Potential für die Zukunft bietet.

Dieses Buch beschreibt die Veränderungen seit 1989 und versucht auf dieser Grundlage, einen Überblick über das heutige Polen und seine Entwicklungsperspek-

tiven zu geben. Auch wenn Vollständigkeit nur eine Illusion sein kann und daher nicht angestrebt wurde, will es doch ein Gesamtbild bieten, das über eine bloße Momentaufnahme hinausgeht und auch der Rolle Polens im europäischen Kontext gerecht wird. Die Darstellung überschreitet bewusst die Grenzen der rein fachwissenschaftlichen Diskurse und richtet sich auch an Nichtspezialisten. Sie verbindet in ihren Autoren die Innen- und Außensicht auf ihren Gegenstand, und sie hat einen spezifischen Österreichbezug: Hier interessieren vor allem vergleichende Aspekte, Impulse für das eigene Land und Entwicklungschancen der bilateralen Beziehungen.

2. Umfassende Transformation

Die thematische Fülle wurde trotz aller Wechselwirkungen und Überschneidungen zur leichteren Orientierung in die vier Abschnitte Politik, Recht, Wirtschaft und Gesellschaft gegliedert. In der Reihenfolge liegt natürlich keine Gewichtung.

2.1. Politik

Die Bürgerkomitees und eine Reihe außergewöhnlicher Persönlichkeiten innerhalb der *Solidarność* haben die Transformation im Weg des friedlichen Dialogs erzwungen und rasch die ersten Schritte zur grundlegenden Erneuerung des Landes, zu den radikalen Reformen gesetzt. Auch wenn die *Solidarność*-Bewegung sich nach dem Sieg über den Kommunismus relativ bald erschöpft und ihre Strahlkraft eingebüßt hat: Die Post-*Solidarność*-Gruppierungen und das linke Lager, die Nachfolger der Kommunisten, haben die Reformen im Regierungswechsel weitergeführt. Das Polen der ersten Transformationsjahre ist ein anderes als das heutige Polen; beide sind aber nicht zu trennen.

Dargestellt werden der Prozess, den Polen seit 1989 vollzogen hat, das Polen von heute, wie es sich in vielen Reformjahren entwickelt hat, die Dynamik dieser Entwicklung, die Erfolge, die Fehlschläge, die Widersprüche. Der einleitende Beitrag von *Gerhard Wagner* skizziert die Gesamtheit der Reformen, verfolgt den Aufbau der politischen Strukturen und zeigt die immer noch nicht abgeschlossene Entwicklung einer festen Parteienlandschaft auf. *Andreas Pribersky* analysiert, ausgehend vom Ergebnis der Wahlen im Herbst 2005, die Entwicklung bzw. die Veränderungen des politischen Parteiensystems, das Unbehagen der Bevölkerung an der Politik und die mit ihm zusammenhängende Rückwendung zu nationalen Traditionen sowie die Rückkehr der Gedächtnispolitik ins Zentrum der politischen Machtausübung. *Edmund Wnuk-Lipiński* schildert die polnische Bürgergesellschaft und die in ihr vorherrschende politische Kultur, die sich von einem ethisch-wertorientierten mehr und mehr zu einem pragmatisch-interessenorientierten System entwickelt.

Krzysztof Miszczak präsentiert die Außen- und Sicherheitspolitik Polens, wobei er besonderes Augenmerk der Verankerung Polens im Westen – der NATO- und der EU-Mitgliedschaft – sowie den nach der Aussöhnungsarbeit gebliebenen Problemen mit dem westlichen Nachbarn Deutschland und den Schwierigkeiten mit den östlichen

Nachbarn Russland (Diversifizierung der polnischen Erdöl- und Erdgasimporte) und Weißrussland schenkt. Deutlich werden auch die Bemühungen der polnischen Außenpolitik aufgezeigt, eine der Größe Polens adäquate europäische, aber auch globale Rolle zu spielen. *Gerhard Eisl* beurteilt die polnische Außen-, Sicherheits- und Europapolitik aus österreichischer Sicht, kommentiert die Beziehungen Polens mit den westlichen und südlichen Nachbarn und geht in diesem Zusammenhang insbesondere auf die immer noch von der Vergangenheit belasteten Beziehungen zwischen Polen und Deutschland und auf die intensiven Bemühungen beider Seiten um eine Weiterarbeit an einer guten Nachbarschaft und um Lösung der noch ausstehenden bilateralen Probleme näher ein. *Burkhard Bischof* beleuchtet die Ostpolitik Polens, die in erster Linie eine Politik Russland gegenüber ist, macht, mit vielen historischen Rückblicken, die Mission einer demokratischen Penetration der östlichen Nachbarn, die Polen als seine Herausforderung sieht, deutlich, auch die Brückenfunktion, die die Polen zwischen ihren östlichen Nachbarn und dem Westen wahrnehmen wollen. *Jan Barcz* zeigt, ausgehend von einer Analyse der polnisch-österreichischen Beziehungen nach der Wende, die Herausforderungen auf, denen sich beide Länder gegenübersehen, und legt Optionen für eine polnisch-österreichische Interessengemeinschaft in der EU vor. *Emil Brix* beleuchtet die politischen Kooperationschancen der beiden Staaten als Teil des europäischen Integrationsprozesses, wobei er nicht nur gemeinsame Interessen innerhalb der EU im Auge hat, sondern auch Überlegungen zur gemeinsamen Vertretung von teilweise oder zur Gänze unterschiedlichen Interessen anstellt und der Wirkung von nationalen Positionen im EU-Gefüge auf die bilateralen österreichisch-polnischen Beziehungen nachgeht.

In der Fülle der Reformen wurde der Dezentralisierung, der Territorialreform und der Erweiterung der Selbstverwaltung, die den Aufbau demokratischer Strukturen auf regionaler und lokaler Ebene und die Beseitigung der administrativen Kultur der kommunistischen Zeit ermöglichen sollten, von Anfang an eine entscheidende Rolle zuerkannt; der Prozess der Durchführung erwies sich allerdings als langwierig und mühsam. *Tomasz Grzegorz Grosse* setzt sich kritisch mit der 1999 in Kraft getretenen Dezentralisierung sowie der regionalen Selbstverwaltung auseinander und zeigt die Mängel auf, unter denen sie noch leiden: Erst mit der Definition einer genuinen polnischen Regionalpolitik und der Bereitstellung der für ihre Umsetzung unerlässlichen Budgetmittel könnten das Wirtschaftswachstum in den Regionen und die Konkurrenzfähigkeit der Regionen angehoben werden. *Hermine Poppeller* analysiert die polnische Regionalpolitik unter außenpolitischer Perspektive: Trotz gewisser Einschränkungen, die ihrer Erfahrung nach die regionale Selbstverwaltung in Polen bei grenzüberschreitenden Kooperationen durch die Zentralregierung erfährt, verweist sie auf eine erstaunliche Zahl konkreter Kooperationsprojekte zwischen österreichischen und polnischen Regionen, Städten und Gemeinden. Diese Kooperationen tragen wesentlich zur Aufholung von Entwicklungsrückständen und zur Entwicklung einer stärkeren europäischen Identität bei.

2.2. Recht

Mag man Polens Gesamtentwicklung seit 1989 als „Rückkehr nach Europa“ beschreiben, so gilt das für das Recht ganz besonders. Der einleitende Beitrag von *Natalia Bulicz* und *Franz Merli* benennt die gesamteuropäischen Einflüsse, die die Entwicklung gesteuert haben – vom Anknüpfen an eigene europäische Traditionen über die Rolle der Europäischen Menschenrechtskonvention bis hin zu den Anforderungen des Beitritts zur EU. Zugleich macht er deutlich, wie umfassend der Umbau der Rechtsordnung ausfallen musste, um eine funktionierende Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und eine marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung zu gewährleisten und die EU-Beitrittsvoraussetzungen zu erfüllen: Mit der nach provisorischen Zwischenlösungen und langen Diskussionen 1997 in Kraft getretenen neuen Verfassung war es keineswegs getan; vielmehr mussten praktisch alle Rechtsbereiche in mehreren Wellen bei laufendem Betrieb umgestaltet werden.

Die folgenden Beiträge greifen exemplarisch einzelne Elemente der neuen Rechtsordnung heraus: die sozialen Grundrechte, die Verwaltungsgerichtsbarkeit, den Bürgerrechtsbeauftragten und die staatliche Wettbewerbsaufsicht. Sie sind aus mehreren Gründen von besonderem Interesse. Zunächst stehen sie in unmittelbarem Zusammenhang mit den wichtigsten Reformzielen: Soziale Grundrechte, Verwaltungsgerichtsbarkeit und Bürgerbeauftragter sind zentral für die rechtsstaatliche Ordnung, die den Schutz des Einzelnen in den Mittelpunkt stellt, und nicht schon die Freigabe wirtschaftlicher Aktivitäten, sondern erst die Wettbewerbsaufsicht kann eine funktionierende Marktwirtschaft garantieren. Des Weiteren knüpfen soziale Grundrechte, Verwaltungsgerichtsbarkeit und Bürgerrechtsbeauftragter an spezifisch polnische Traditionen an, die schon vor dem Fall des Kommunismus bestanden, und zeigen damit, dass die Transformation nicht vom Nullpunkt weg begann. Vor allem aber sind sie heute Bestandteile eines europäischen Standards, dem Österreich zum Teil noch nicht genügt: Während hier noch über die Einführung sozialer Grundrechte und einer vollen Verwaltungsgerichtsbarkeit diskutiert wird, können ihre Auswirkungen in Rechtsprechung und Praxis am polnischen Beispiel anhand der Beiträge von *Elżbieta Morawska* und *Jan Paweł Tarno* bereits studiert werden. Auch die von *Bogusław Banaszak* und *Sylvia Jarosz-Żukowska* geschilderte starke Rolle des polnischen Bürgerrechtsbeauftragten regt zum Nachdenken über die schwache österreichische Volksanwaltschaft an; den Parallelen und Unterschieden zwischen den beiden Institutionen ist der Beitrag von *Armin Stolz* gewidmet. *Cezary Banasiński*s Darstellung des Amtes für Wettbewerbsschutz greift eine der wichtigsten Aufgaben dieser Einrichtung auf: Sie soll auch ehemalige Monopolisten nach bestimmten Regeln zu fairem Wettbewerb anhalten. Ein solches Wettbewerbsherstellungsrecht brauchen aber nicht nur ehemalige Planwirtschaften, sondern mittlerweile alle EU-Mitgliedstaaten, in denen ehemals monopolisierte Bereiche der Daseinsvorsorge an Infrastruktur wie Strom, Gas, Telekommunikation und Eisenbahntransport Liberalisierungsvorgaben unterworfen wurden. Welche Instrumente Österreich hier anwendet, erläutern *Dragana Damjanovic* und *Michael Holoubek*.

2.3. Wirtschaft

Im Jahr 1990 leitete die damalige polnische Regierung mittels des berühmt gewordenen „Big Bangs“, einer Schocktherapie, die vor allem die Preisbildung und den Außenhandel auf einen Schlag liberalisierte, die Umgestaltung der polnischen Wirtschaft ein. Seither hat die polnische Wirtschaft eine beeindruckende Entwicklung genommen und als erste Volkswirtschaft Mittel- und Osteuropas nach der Transformationsrezession den Umschwung geschafft. Im Jahr 1995 erreichte sie wieder das Niveau von 1989, 2005 lag die Wirtschaftsleistung bereits eineinhalb Mal über der von 1989, und dabei sind die deutlich erhöhte Qualität und Brauchbarkeit der Produkte nicht berücksichtigt. Zwischen 1994 und 1997 erzielte Polen Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts von zwischen 5% und 7%, und erst 1998 begann eine gewisse Abschwächung. Die Wachstumsraten hielten sich aber noch bis 2000 über 4%. Erst 2001 trat die polnische Wirtschaft – bedingt durch Überinvestition in der Periode davor sowie hohe Realzinssätze – in eine Phase niedrigen BIP-Wachstums ein. Vom Sommer 2002 an hat sie sich aber schon wieder zu erholen begonnen und wächst seit 2004 erneut stark.

Seit Beginn der Transformation der polnischen Wirtschaft zu einer funktions-tüchtigen Marktwirtschaft haben sich die Wirtschaftsstrukturen deutlich verändert und sich dabei den westeuropäischen Standards wesentlich angenähert. Noch 1990 betrug der Anteil der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt (BIP) fast 13%. Mittlerweile erreicht er nur noch 3% des BIP. Allerdings sind von den insgesamt 12,7 Millionen Beschäftigten in Polen immer noch beinahe 17% in diesem Sektor tätig. Mit ca. 25% der Beschäftigten erwirtschaften die Industrie und die Bauwirtschaft gemeinsam 30% des BIP. Bis in die 1980er Jahre lag der Schwerpunkt der polnischen Industrie bei Stahl und Kohle. Heute zählen zu den wichtigsten Zweigen die Fahrzeugindustrie und die Holzverarbeitung, Baumaterialien, Nahrungsmittel, die Energiewirtschaft und die chemische Industrie. Der Dienstleistungssektor hat sich mit einem Anteil am BIP von 65% mit Abstand zum wichtigsten Wirtschaftszweig in Polen entwickelt. In ihm sind inzwischen 58% der Beschäftigten tätig. Die große Diskrepanz zwischen BIP-Anteil und landwirtschaftlicher Erwerbsbevölkerung und die geringe Größe der landwirtschaftlichen Betriebe stellen die polnische Agrarpolitik vor eine große Herausforderung, wenn der Agrarsektor umstrukturiert und modernisiert werden soll, ohne die Landgemeinden zu zerstören.

Der EU-Beitritt leistet entgegen den anfänglichen Befürchtungen einen deutlich positiven Beitrag auf diesem Weg und hat den polnischen Bauern schon einen Einkommensanstieg verschafft, wie *Elżbieta Kawecka-Wyrzykowska* sowie *Felix Mittermayer* und *Sebastian Zaleski* in ihren Beiträgen „Der EU-Beitritt Polens – erste wirtschaftliche und soziale Effekte“ und „Der ländliche Raum und die Landwirtschaft Polens im ersten Jahr der EU-Mitgliedschaft“ deutlich vor Augen führen. Aus diesen Beiträgen geht weiters hervor, dass der Beitritt auch den polnischen Außenhandel zusätzlich beflügelt; er wird – nicht zuletzt dank erhöhter Mittelzuflüsse aus der EU – den wirtschaftlichen und sozialen Wandel in Polen insgesamt fördern. Österreich gehört zu den Nutznießern dieser Entwicklung. *Walter Resl* beschreibt in seinem Artikel „Der bilaterale Handel mit Waren und Dienstleistungen zwischen Österreich

und Polen – Eine Struktur- und Potentialanalyse“, wie die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Österreich zu gegenseitigem Nutzen immer enger wurden, und schildert das große Potential, das noch besteht.

Der Beitrag von *Hans Holzhacker* „Die Wirtschaft Polens und die der ‚alten‘ EU: überwiegend Harmonie“ zeigt, dass die im Rahmen der EU liberalisierte Konkurrenz zwischen „alten“ und „neuen“ EU-Ländern zwar durchaus Probleme und Druck erzeugt, dass Spezialisierung und Konkurrenz aber keineswegs die Hauptseite der Integration sind. Vielmehr geht es in erster Linie um hohe Wachstumsraten durch den Transfer von Know-how, Management und Kapital. Auf Polen trifft das ganz besonders zu. Polen ist der größte Empfänger ausländischer Direktinvestitionen in Zentral- und Osteuropa. Laut Angaben der Polnischen Agentur für Auslandsinvestitionen betrug der summierte Zustrom zwischen 1993 und Ende 2004 rund 84 Milliarden USD. Das entspricht ca. 28% des polnischen Bruttoinlandsprodukts des Jahres 2005. Standen die ausländischen Direktinvestitionen zunächst in engem Zusammenhang mit Privatisierungen, so besteht inzwischen ungefähr die Hälfte des Zustroms aus Greenfield-Investitionen oder aus reinvestierten Gewinnen von ursprünglichen Greenfield-Investitionen. 2004 kamen bereits drei Viertel des Investitionsvolumens aus Ländern der EU. Die Industrie ist mit 40% der mit Abstand wichtigste Empfängersektor ausländischer Direktinvestitionen in Polen. Der Finanzdienstleistungssektor folgt mit 23%, der Handel mit 12% und Transport und Telekommunikation mit 10%.

Die Verschiebungen in der polnischen Wirtschaftsstruktur sind in erheblichem Ausmaß auf die Privatisierung der staatlichen Unternehmen, die bis auf wenige Großbetriebe abgeschlossen ist, zurückzuführen. So werden nun etwa 80% der Industrieproduktion vom privaten Sektor erzeugt. Auch im Bankensektor ist der Marktanteil der Institute in privater Hand von 20% 1993 auf 80% 2005 gestiegen. Fast 70% der Aktiva des Bankensektors entfallen auf Institute in ausländischem Eigentum. *Christine Gartner* untersucht in ihrem Beitrag „Das Polnische Finanzsystem auf dem Weg in die Währungsunion. Eine österreichische Perspektive“, welche Auswirkungen das und der EU-Beitritt auf das polnische Bankensystem haben und was aus den österreichischen Erfahrungen für die weitere Entwicklung in der Zukunft abzulesen ist.

Hauptproblem der polnischen Wirtschaft im Hinblick auf den nächsten wichtigen Schritt der Integration in die EU – den Beitritt zum Euroraum – ist das Budget. Das Gesamtjahresdefizit betrug 2005 2,5% des BIP. Bei Einrechnung der Transfers an die Pensionsfonds der 2. Säule des Pensionssystems würde es aber 4,3% des BIP ausmachen. Ob diese Einrechnung erfolgen muss oder nicht, wird zwischen Polen und der EU noch immer verhandelt. Wann und in welchem Ausmaß tief gehende Fiskalreformen ergriffen werden, hängt von der politischen Entwicklung ab. In ihrem Beitrag „Die polnische Wirtschaft auf dem Weg zur Eurozone“ zeigt *Leokadia Oręziak*, welche Anforderungen an die Fiskal- und Geldpolitik gestellt sind und welche Herausforderungen sich im Vorfeld der Euro-Einführung im so genannten Wechselkursmechanismus II, der die erlaubte Schwankungsbreite des Złoty gegen den Euro beschneidet, ergeben. Auch im Beitrag von *Marek Góra* „Zukunftsorientiertes Denken: Das neue Pensionssystem“ spielen die Staatsfinanzen eine wichtige Rolle. Die Bedeutung der polnischen Pensionsreform geht aber weit über die Budgetpolitik

hinaus. *Marek Góra* beschreibt und befürwortet die tief greifende Reform der Aufteilung des Sozialproduktes zwischen den Generationen, wie sie in Polen implementiert wurde. Sie hat eine ganze Reihe von Auswirkungen sowohl auf die beruflich noch aktive Bevölkerung als auch auf die Pensionisten und auch auf die Gestaltung des Kapitalmarktes. Die Radikalität, mit der manche Fragen gestellt werden, erschreckt, wenn man – wie in Österreich – sanftere politische Töne im Umgang mit dieser Frage gewohnt ist. Gerade dadurch und durch seine deutlichen Formulierungen zeichnet sich der Beitrag aus.

In Polen sind nun die wesentlichen Ingredienzien eines rasanten Wirtschaftswachstums vorhanden: Dank fortgesetzter Bemühungen um Kostenreduktion hat sich die Finanzlage und Liquidität der Unternehmen deutlich verbessert. Der Rückgang der Beschäftigung hat sich von rund 3% jährlich von 2000 bis 2002 zunächst verlangsamt, und seit 2005 hat die Beschäftigung wieder zu steigen begonnen. Die Arbeitslosigkeit ist mit 18% im Jahr 2005 aber zweifellos immer noch hoch, wenn auch manche Autoren diese Zahl wegen Unschärfen bei der Erfassung für übertrieben halten. Nun ist der weitere Aufschwung der Investitionen entscheidend dafür, dass Polen wieder in eine Phase anhaltend hohen Wachstums eintreten kann. Damit sich dieser fortsetzt, bedarf es neben günstiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen allerdings auch des Optimismus und eines politisch und vor allem wirtschaftspolitisch transparenten Umfelds. Unwägbarkeiten in der Europa- und der Fiskalpolitik, die letztlich in Volatilität bei Wechselkurs und Zinssätzen münden, würden die Kalkulation von Kosten und Ertrag von Investitionen schwierig machen und den ansonsten vorprogrammierten Wachstumsschub behindern. Die Aussichten, dass Polen ein Wachstumspol Europas bleibt, sind aufgrund der bereits erzielten tief greifenden Umgestaltung seiner Wirtschaft aber jedenfalls gut.

2.4. Gesellschaft

Der Abschnitt „Gesellschaft“ wirft in einigen Detailaufnahmen Blicke auf die kulturelle Entwicklung, die Polen seit der demokratischen Transformation im Jahre 1989 genommen hat. Wie der einleitende Beitrag von *Andreas Stadler* zeigt, hat sich die polnische Gesellschaft in ihrem kulturellen Erscheinungsbild mittlerweile stark ausdifferenziert und in alle internationalen Trends integriert. Die individuellen und subjektiven Zugänge der AutorInnen demonstrieren, wie sehr sich diese Gesellschaft in einem Ringen um alte und neue, multiple Identitäten in einem globalisierten Umfeld befindet. Denn von *einer* „polnischen Identität“ zu sprechen ist unmöglich, wenn man die Auseinandersetzung um die Interpretationshoheit der jüngeren polnischen Geschichte betrachtet, wie sie von *Włodzimierz Borodziej* beschrieben wird.

Dieses Zerren um „kulturelle Hegemonie“ wird auch in der polnischen Kirche deutlich, die nach wie vor, vielleicht zwar etwas reduziert, zu einem der wichtigsten Faktoren der polnischen Politik und des Zeitgeistes zählt. *Rembert Schleicher* führt dieses Thema mit den Augen eines engagierten Katholiken und Nichtpolen ein, der das Land und seine Geschichte aus eigenem Wirken in Polen sowie in der polnischen Gemeinschaft in Österreich kennt. Ergänzt wird sein Beitrag durch den „Blick von

innen“ des Journalisten und Kirchenkritikers *Jarosław Makowski*, der mit seinem Beitrag die Schwierigkeiten der Selbstfindung der Kirche in der Zeit Johannes Paul II. nachzeichnet und die Kirchenhierarchie durch seine kritischen Kommentare und Einschätzungen würzig kommentiert.

Einen ebenso individuellen Zugang zu aktuellen polnischen Diskussionen bietet *Kinga Dunin*, wenn sie ihre Erfahrungen mit dem feministischen Diskurs sowie der neuen Realität für Frauen nach 1989 analysiert. Dabei wird schnell klar, dass und warum die Bedingungen für diese Hälfte der Gesellschaft keineswegs nur einfacher und besser geworden sind.

Diese Widersprüche bringt auch *Slawomir Sierakowski* auf den Punkt, wenn er nach seiner Darstellung des zeitgenössischen Theaters und der Literatur von der neuen Generation der Kreativen eine politischere Haltung einfordert und damit einem Grundgefühl eines Teils der immer rebellischen Jugend entspricht.

Diese Jugend sucht nun eine neue Ästhetik. *Markus Siber* führt uns kurz in das kompositorische Schaffen nach dem Zweiten Weltkrieg ein, um dann Formensprachen, Netzwerke und die internationale Einbindung einer neuen Generation von KomponistInnen herauszuarbeiten.

Wie *Klaus Bachmann* zeigt, steuert einen zentralen Beitrag zur Ausformung der neuen polnischen Gesellschaft das Bildungssystem bei, das nun auch einige große und kleine Reformen durchgemacht hat. Dabei geht er auch der Frage nach, ob und wie diese Reformen die Bildungschancen verbessert haben.

3. Fazit

So bunt und vielfältig das Bild auch ausfällt und wie man es im Einzelnen auch bewerten mag: Insgesamt nötigt es Respekt ab – Respekt vor der historischen Leistung eines Landes und seiner Menschen, die in kurzer Zeit eine radikale Transformation auf friedlichem und demokratischem Weg erreicht und bewältigt haben. Auch Polens Widersprüche, Schwächen und Unzulänglichkeiten gehören heute zu jener europäischen Normalität, nach der sich viele Bürger anderer Staaten noch sehnen. Langweilig ist Polen deshalb nicht geworden.

Hans Holzhammer/Franz Merli/Andreas Stadler/Gerhard Wagner

Nowa Polska w Europie. Wprowadzenie

Przegląd treści:

1. Punkt wyjścia do dyskusji i intencje autorów
2. Gruntowna transformacja
 - 2.1. Polityka
 - 2.2. Prawo
 - 2.3. Gospodarka
 - 2.4. Społeczeństwo
3. Podsumowanie

1. Punkt wyjścia do dyskusji i intencje autorów

Polska wniosła decydujący wkład w pokojową rewolucję w Europie Środkowej, w zakończeniu zimnej wojny i w upadek komunizmu. Polacy ze swoją „Solidarnością” zaprezentowali kończącemu się stuleciu nową wizję i nadali swojemu krajowi nowe oblicze. Nawet, jeśli dzisiaj symbolem tej rewolucji oraz końca podziału świata na komunistyczny Wschód i wolny Zachód jest upadek muru berlińskiego, to jednak proces przemian nie miałby miejsca, gdyby nie strajki Polaków w latach osiemdziesiątych (przede wszystkim bunt robotników w stoczni gdańskiej) i nie kompromisy Okrągłego Stołu, przy którym udało się usadzić dwie przeciwstawne sobie opcje polityczne. „Solidarność” rozpoczęła transformację, która wcześniej wydawała się nie do pomyślenia, i która gruntownie odmieniła życie Polaków.

Przemiany nie zakończyły się w 1990 roku. Stworzenie pluralistycznego systemu partyjnego, zdefiniowanie od nowa roli Polski w Europie, reformy gospodarcze, przebudowa porządku prawnego i kulturowa odnowa następowały falowo, a na kierunek reform nie miały wpływ miały przygotowania do przystąpienia do UE. Polska jest dziś państwem europejskim średnich rozmiarów i ważnym członkiem UE ze zdecydowanym wizerunkiem i specyficznymi interesami, które odznacza się swą gospodarczą dynamiką, otwartością na innowacje i kulturalną świadomością.

W Austrii właściwie niewiele o tym wiadomo. Generalnie, wyłączając środowiska specjalistów, wiedza o Polsce opiera się na przestarzałych stereotypach, które z rzeczywistością nie mają wiele wspólnego. To smutne, biorąc pod uwagę fakt, że często przywoływane „kulturowe pokrewieństwo” między Austrią a Polską wzbogacone zostało ostatnio również o ścisłe więzy polityczne i gospodarcze o dużym potencjale.

Niniejsza książka opisuje przemiany od 1989 roku i podejmuje próbę przedstawienia na ich podstawie wizerunku dzisiejszej Polski i perspektyw jej rozwoju. Chociaż autorzy uznali kompletność za iluzję i odstąpili od dążenia do jej osiągnięcia,

to jednak powstał obraz prawie kompletny, który nie jest tylko analizą krótkiego wycinka rzeczywistości, lecz który daje także pogląd na rolę Polski w kontekście europejskim. Prezentowane opracowanie wykracza świadomie poza ramy czysto naukowego dyskursu i jest skierowane również do szerszej publiczności. Wszystkie zagadnienia prezentowane są z zewnętrznego i wewnętrznego punktu widzenia i zawierają odniesienie do Austrii: na szczególną uwagę zasługują przede wszystkim aspekty porównawcze, impulsy autorów austriackich dla własnego kraju i szanse na rozwój stosunków dwustronnych.

2. Gruntowna transformacja

Pomimo istniejących współzależności i powtórzeń pomiędzy omawianymi zagadnieniami przyjęto dla ułatwienia podział tematyczny tych zagadnień na cztery części: polityka, prawo, gospodarka i społeczeństwo. Kolejność tych działów jest oczywiście przypadkowa i nie decyduje o ich znaczeniu.

2.1. Polityka

Komitety Obywatelskie oraz cała galeria wyjątkowych osobowości „Solidarności” wymogły prowadzenie transformacji drogą pokojowego dialogu i prędko postawiły pierwsze kroki na drodze do głębokiej odnowy i radykalnych reform państwa. I chociaż reformatorska siła „Solidarności” po zwycięstwie nad komunizmem względnie szybko uległa wyczerpaniu, a jej autorytet stracił na znaczeniu, partie postsolidarnościowe i postkomunistyczna lewica prowadziły reformy dalej. Polska dzisiejsza nie przypomina tej z pierwszych lat transformacji; jednej od drugiej oddzielać jednak nie należy.

W książce przedstawiony został proces, który trwa w Polsce od 1989 roku, Polska dzisiejsza, która jest efektem przeprowadzonych reform, dynamika jej rozwoju, sukcesy, porażki i sprzeczności. Wprowadzający artykuł *Gerharda Wagnera* szkicuje całościowy obraz reform i tworzenie struktur politycznych oraz ukazuje wciąż niedokończony rozwój stabilnego systemu partyjnego. *Andreas Pribersky*, wychodząc od wyników jesiennych wyborów 2005 roku, analizuje rozwój oraz przemiany systemu partii politycznych, rozczarowanie społeczne wobec polityki i związaną z tym chęć nawiązania do narodowych tradycji, jak również powrót sprawujących władzę do polityki pamięci. *Edmund Wnuk-Lipiński* ukazuje polskie społeczeństwo obywatelskie i przeważającą w nim kulturę polityczną, która ulega stopniowej przemianie z etyczno-wartościującej w pragmatyczną, skierowaną na realizację własnych interesów.

Krzysztof Miszczak prezentuje polską politykę zagraniczną i bezpieczeństwa, zwracając przy tym szczególną uwagę na zorientowanie Polski na Zachód (członkostwo w NATO i UE), na problematyczne pozostałości procesu pojednania w relacjach z zachodnim sąsiadem Niemcami, jak również na trudności ze wschodnimi sąsiadami: Rosją (dywersyfikacja dostaw gazu ziemnego i ropy naftowej) i Białorusią. Na uwagę zasługują także starania polskiej polityki zagranicznej w wykreowaniu takiej roli

Polski w skali europejskiej i globalnej, która byłaby adekwatna do jej wielkości. *Gerhard Eisl* dokonuje oceny polskiej polityki zagranicznej i bezpieczeństwa oraz polityki europejskiej z austriackiego punktu widzenia, komentuje relacje Polski z zachodnimi i południowymi sąsiadami, skupiając się przede wszystkim na obciążonych wciąż jeszcze przez historyczne zaszłości stosunkach polsko-niemieckich oraz na intensywnych staraniach obu stron o dobre stosunki sąsiedzkie i rozwiązanie istniejących problemów. *Burkhard Bischof* naświetla polską politykę wschodnią, której głównym elementem jest polityka wobec Rosji, i uwydatnia, nawiązując do historii, zarówno prowadzoną przez Polskę, będącą jednym z największych dla niej wyzwań, misję demokratyzacji wschodnich sąsiadów, jak i zamiary Polaków pośredniczenia pomiędzy wschodnimi sąsiadami a Zachodem. *Jan Barcz* ukazuje, wychodząc od analizy stosunków polsko-austriackich po 1989 roku, dostrzegane przez strony wyzwania dla obu państw i możliwości stworzenia austriacko-polskiej wspólnoty interesów w UE. *Emil Brix* przedstawia szanse współpracy politycznej obu państw jako części europejskiego procesu integracji, przy czym nie ma on na myśli jedynie wspólnych interesów wewnątrz UE, lecz analizuje także kwestie wspólnego reprezentowania częściowo lub całościowo odmiennych interesów i bada oddziaływania pozycji narodowych w strukturach UE na bilateralne stosunki austriacko-polskie.

Pośród mnogich reform szczególna rola od początku przypadła decentralizacji, reformie podziału terytorialnego i reformie samorządu, które umożliwiły tworzenie demokratycznych struktur na poziomie regionalnym i lokalnym oraz przyczyniły się do odejścia od komunistycznego sposobu administrowania; proces reform okazał się jednak długotrwały i uciążliwy. *Tomasz Grzegorz Grosse* dokonuje krytycznej analizy decentralizacji kraju i reform samorządu terytorialnego, które weszły w życie w 1999 roku, i wskazuje niedoskonałości tych reform: dopiero po zdefiniowaniu rodzimej polskiej polityki regionalnej i zagwarantowaniu koniecznych do jej realizacji środków budżetowych możliwe byłoby wsparcie rozwoju gospodarczego regionów i zwiększenie ich konkurencyjności. *Hermine Poppeller* analizuje polską politykę regionalną z perspektywy polityki zagranicznej: autorka wskazuje na zaskakująco wysoką liczbę konkretnych inicjatyw, podjętych przez austriackie i polskie regiony, miasta i gminy pomimo ograniczeń, które rząd nakłada na współpracę transgraniczną samorządów terytorialnych. Projekty te przyczyniają się do znaczącego przyspieszenia w nadrabianiu przez Polskę zapóźnień cywilizacyjnych i do rozwoju silniejszej tożsamości europejskiej.

2.2. Prawo

Określenie procesów przemian po 1989 mianem „powrotu do Europy“ odnosi się w szczególności do dziedziny prawa. *Natalia Bulicz* i *Franz Merli* przedstawiają tytułem wprowadzenia ogólnoeuropejskie wpływy, które kierowały procesem reform – poczynając od rodzimych tradycji europejskich i roli Europejskiej Konwencji o Ochronie Praw Człowieka i Podstawowych Wolności, a skończywszy na kryteriach przystąpienia do UE. Jednocześnie autorzy zwracają uwagę, jak dalekosiężne i gruntowne musiały być te reformy, aby zagwarantować demokrację, praworządność

oraz konkurencyjność gospodarki rynkowej i wypełnić w ten sposób kryteria unijne. Podstawą reform nie była wcale nowa konstytucja, która po długich dyskusjach i po okresie obowiązywania prowizorium konstytucyjnego weszła w życie dopiero w 1997 roku: praktycznie wszystkie reformy wprowadzane były wieloetapowo, będąc zabiegami *in vivo* na funkcjonującym organizmie państwa.

Kolejne artykuły dotyczą przykładowo wybranych elementów nowego porządku prawnego: socjalnych praw podstawowych, sądownictwa administracyjnego, Rzecznika Praw Obywatelskich i państwowego nadzoru nad konkurencją. Z wielu względów dziedziny te zasługują na szczególną uwagę. Po pierwsze są one bezpośrednio związane z najważniejszymi celami reform: prawa socjalne, sądownictwo administracyjne i Rzecznik Praw zajmują centralną pozycję w porządku prawnym, gdyż chronią prawa jednostki; nie samo ustanowienie swobodnego dostępu do prowadzenia działalności gospodarczej, lecz dopiero nadzór nad konkurencją stanowi gwarancję funkcjonowania gospodarki rynkowej. Ponadto prawa socjalne, sądownictwo administracyjne oraz instytucja rzecznika nawiązują do typowo polskiej tradycji prawnej, która ukształtowała się jeszcze przed upadkiem komunizmu, co oznacza, że transformacji w tych dziedzinach nie musiano rozpoczynać od zera. Przede wszystkim stanowią one jednak europejskie standardy, których Austria częściowo wciąż nie spełnia. Podczas, gdy w Austrii dyskutuje się jeszcze o wprowadzeniu socjalnych praw podstawowych i rozbudowanego sądownictwa administracyjnego, funkcjonowanie tychże w polskiej praktyce orzeczniczej stanowi już od dawna przedmiot analiz, czego dowodem niech będą artykuły *Elżbiety Morawskiej* i *Jana Pawła Tarno*. Silna pozycja polskiego Rzecznika Praw Obywatelskich, przedstawiona przez *Bogusława Banaszaka* i *Sylwię Jarosz-Żukowską*, pobudza do refleksji nad słabym austriackim Rzecznikiem Ludowym. Różnicom i podobieństwom obu instytucji poświęcony jest artykuł *Armina Stolza*. Prezentacja Urzędu Ochrony Konkurencji i Konsumentów, dokonana przez *Cezarego Banasińskiego*, zwraca uwagę na rolę tej instytucji, polegającą na skłanianiu dawnych monopolistów do przestrzegania zasad konkurencji. Przepisy o ochronie konkurencji są niezbędne nie tylko w przypadku byłych państw gospodarki planowej, lecz również w państwach członkowskich UE. Ich rynki infrastrukturalne, do których należą sektory elektroenergetyczny, gazowniczy, telekomunikacyjny i transport kolejowy, zostały poddane mechanizmom liberalizacji. Stosowane przez Austriaków instrumenty w tej dziedzinie objaśniają *Dragana Damjanovic* i *Michael Holoubek*.

2.3. Gospodarka

W roku 1990 ówczesny polski rząd rozpoczął przebudowę gospodarki za pomocą słynnej dziś terapii szokowej, polegającej na jednoczesnym uwolnieniu cen i liberalizacji handlu zagranicznego. Od tego czasu polska gospodarka rozwinęła się w sposób godny podziwu i jako pierwsza gospodarka Europy Środkowej i Wschodniej poradziła sobie z przełomem po recesji transformacyjnej. W 1995 roku poziom rozwoju gospodarczego wrócił do tego z 1989 roku, ale w 2005 roku był o półtora raza wyższy niż w roku 1989, przy czym dane te nie uwzględniają zdecydowanie

podwyższonej jakości i użyteczności produktów. W latach 1994–1997 stopa realnego wzrostu polskiego produktu krajowego brutto utrzymywała się pomiędzy 5% a 7%, zmniejszając się dopiero w roku 1998. Stopy wzrostu pozostawały jednak do 2000 roku na poziomie 4%. Rok później rozpoczęła się faza niskiego wzrostu PKB, uwarunkowana przez przeinwestowanie w latach wcześniejszych oraz wysokie realne stopy procentowe. Początek poprawy zaobserwowano latem 2002 roku i od roku 2004 następuje ponowny wysoki wzrost.

W procesie przekształcania polskiej gospodarki w funkcjonującą gospodarkę rynkową struktury gospodarcze uległy zasadniczej przebudowie; w ten sposób zbliżono je w dużym stopniu do standardów zachodnioeuropejskich. Jeszcze w 1990 roku udział rolnictwa w produkcie krajowym brutto wynosił prawie 13%. Obecnie wynosi on tylko 3% PKB. W sektorze rolnym pracuje jednak wciąż około 17% zatrudnionych, 12,7 miliona osób. Przemysł i sektor budowlany, dla których pracuje 25% zatrudnionych, wytwarza 30% PKB. Do lat osiemdziesiątych polski przemysł opierał się na węglu i stali. Obecnie do najważniejszych gałęzi przemysłu należą: przemysł samochodowy, obróbka drewna, produkcja materiałów budowlanych, produkcja spożywcza, przemysł energetyczny i chemiczny. Sektor usług ze swoim 65-procentowym udziałem w PKB znacząco wyprzedził inne sektory gospodarki. Dziś pracuje w nim 58% zatrudnionych. Polska polityka rolna stoi teraz przed sporym wyzwaniem, szczególnie ze względu na duży rozdźwięk pomiędzy małym udziałem rolnictwa w PKB a dużą liczbą zatrudnionych w rolnictwie, jak również małą powierzchnią większości gospodarstw rolnych, oraz przy założeniu, że modernizacja i przekształcenia w rolnictwie nie powinny być dokonywane kosztem gmin wiejskich.

Wbrew początkowym obawom, przystąpienie Polski do UE odznacza się dla polskiego rolnictwa pozytywnie, przyczyniwszy się do podwyżki dochodów polskich rolników. Dowodzą tego dobitnie *Elżbieta Kawecka-Wyrzykowska*, *Felix Mittermayer* oraz *Sebastian Zaleski* w swoich artykułach „Przystąpienie Polski do UE – pierwsze efekty gospodarcze i społeczne” i „Polska wieś i rolnictwo w pierwszym roku członkostwa w UE”. Z artykułów tych wynika również, że przystąpienie do UE przyczynia się dodatkowo do przyspieszenia rozwoju polskiego handlu z zagranicą; generalnie wspomaga on, i to nie tylko dzięki finansowej pomocy unijnej, gospodarcze i społeczne przemiany w Polsce. Austria odnosi z tego rozwoju korzyści. *Walter Resl* opisuje w swoim artykule „Dwustronne obroty handlowe produktami i usługami pomiędzy Austrią i Polską. Analiza struktury i potencjału”, jak – z korzyścią dla obu partnerów – zacieśniano stosunki gospodarcze pomiędzy oboma krajami, oraz przedstawia, jak dużym niewykorzystanym potencjałem obie strony wciąż dysponują.

Tekst *Hansa Holzackera* pod tytułem „Gospodarka polska w relacji do gospodarek państw „starej UE”: przeważa harmonia” dowodzi, że zliberalizowana współpraca pomiędzy „starymi” i „nowymi” państwami członkowskimi wywołuje wprawdzie problemy i napięcia, lecz to nie specjalizacja i konkurencja stanowią główne cechy integracji. Chodzi tutaj raczej o osiągnięcie wysokich stóp wzrostu gospodarczego poprzez transfer *know-how*, metod zarządzania i kapitału. Polski dotyczy to w szczególności, ponieważ jest ona największym odbiorcą zagranicznych inwestycji

w Środkowej i Wschodniej Europie. Według danych Polskiej Agencji Inwestycji Zagranicznych suma inwestycji w latach 1993 – 2004 wyniosła około 84 miliardy USD. Odpowiada to około 28% polskiego PKB w roku 2005. Mniej więcej połowę inwestycji zagranicznych, związanych początkowo z prywatyzacją, stanowią obecnie tak zwane „inwestycje *greenfield*” (budowanie nowych zakładów pracy od podstaw). Druga połowa to reinwestowanie zysków z wcześniejszych inwestycji *greenfield*. W 2004 roku trzy czwarte wszystkich inwestycji pochodziło z krajów UE. Przemysł jest miejscem lokaty 40% wszystkich zagranicznych inwestycji bezpośrednich w Polsce, a więc największej ich części. Sektor usług finansowych znajduje się na drugiej pozycji (23%), handel (12%), transport i telekomunikacja (10%) na kolejnych.

Zmiany w strukturze polskiej gospodarki są wynikiem prawie że sfinalizowanej prywatyzacji przedsiębiorstw państwowych (z wyjątkiem niewielkiej liczby dużych przedsiębiorstw). W ten sposób 80% produktów przemysłowych wytwarzanych jest w sektorze prywatnym. Także w sektorze bankowym udział prywatnych inwestorów wzrósł z 20% w 1993 roku do 80% w 2005 roku. Prawie 70% aktywów banków przypada na instytucje zagraniczne. *Christine Gartner* rozważa w swoim artykule „Polski system finansowy w drodze do unii monetarnej. Perspektywa austriacka”, jaki wpływ taki właśnie układ oraz przystąpienie do UE wywierają na system bankowy i które z doświadczeń austriackich mogłyby okazać się dla Polski przydatne w przyszłości.

Głównym problemem polskiej gospodarki w związku z następnym etapem integracji, którym jest przystąpienie do strefy euro, stał się budżet. Deficyt budżetowy w roku 2005 wyniósł 2,5% produktu krajowego brutto. Jeśli doliczyć do niego dopłaty do funduszy emerytalnych drugiego filaru, wynosiłyby 4,3% PKB. To, czy owo wliczenie musi nastąpić, jest obecnie przedmiotem rokowań między Polską a UE. Odpowiedź na pytanie, kiedy i w jakim zakresie wprowadzone zostaną radykalne reformy fiskalne, zależy od rozwoju wydarzeń na scenie politycznej. *Leokadia Oręziak* w swoim artykule „Polska gospodarka w drodze do strefy euro” koncentruje się na wymaganiach, jakie stawiane są polityce pieniężnej i fiskalnej oraz na wyzwaniach, jakie niosą ze sobą przygotowania do wprowadzenia euro, a w szczególności mechanizm kursów walutowych II, za pomocą którego wyznacza się przedział dopuszczalnych wahań wartości złotego w stosunku do euro. Również zdaniem *Marka Góry*, autora artykułu „Myślenie przyszłościowe: nowy system emerytalny”, finanse państwa odgrywają ważną rolę. Znaczenie polskiej reformy emerytalnej wykracza jednak poza zakres polityki budżetowej. *Marek Góra* przedstawia wprowadzoną w Polsce gruntowną reformę zasad podziału dochodu narodowego między pokolenia i występuje w jej obronie. Reforma ta wywiera wpływ zarówno na grupę obywateli zawodowo czynnych, jak i na emerytów oraz na kształtowanie się rynku kapitałowego. Radykalizm niektórych kwestii może przestraszyć tych, którzy – tak jak w Austrii – przyzwyczajeni są w dyskusji w tej dziedzinie do łagodniejszego tonu. Ów radykalizm oraz dobitność sformułowań cechują powyższy artykuł.

W Polsce można zatem dostrzec istnienie najważniejszych czynników szybkiego wzrostu gospodarczego. Dzięki kontynuowanym staraniom o zmniejszenie kosztów wyraźnie poprawiły się stan finansów i wypłacalność przedsiębiorstw. Spadek liczby zatrudnionych w wysokości 3% rocznie w latach 2000 – 2002 uległ zahamowaniu; od 2005 roku obserwuje się ponowny wzrost zatrudnienia. Stopa bezrobocia

w wysokości 18% jest jednak wciąż wysoka, nawet jeśli niektórzy autorzy uznają tę liczbę za przesadzoną z racji niedokładności pomiarów oraz istnienia znacznej „szarej strefy“. To dalszy wzrost inwestycji zdecyduje o tym, czy możliwy jest powrót Polski na drogę trwałego szybkiego rozwoju. Dla jego wsparcia, oprócz stworzenia korzystnych warunków, konieczny jest także optymizm oraz polityczna i gospodarczo-polityczna przejrzystość warunków towarzyszących inwestycjom. Nieobliczalność polityki europejskiej i fiskalnej, powodująca niestabilność kursów wymiany i wahania stóp procentowych, mogłaby utrudnić kalkulacje nakładów i zysków inwestycyjnych i w ten sposób sparaliżować wzrost, który w innych warunkach musiałby nastąpić. Jednakże perspektywa, że Polska pozostanie europejskim biegunem rozwoju, jest ze względu na gruntowną przebudowę gospodarczą jak najbardziej uprawniona.

2.4. Społeczeństwo

W części zatytułowanej „Społeczeństwo“ przedstawiony został w kilku szczegółowych odsłonach rozwój kulturalny, który trwa od początków demokratycznej transformacji w 1989 roku. Jak dowodzi wprowadzający artykuł *Andreea Stadlera*, obraz polskiego społeczeństwa od tego czasu mocno się zróżnicował, a w nim samym dostrzega się obecność międzynarodowych trendów. Indywidualne i subiektywne podejścia autorek i autorów ukazują, w jak dużym stopniu uobecnia się w tym społeczeństwie spór o stare i nowe, złożone tożsamości w zglobalizowanym świecie. O *jednej* „polskiej tożsamości“ nie może być mowy, biorąc pod uwagę spór o właściwe interpretowanie najnowszej polskiej historii, o którym pisze *Włodzimierz Borodziej*.

Ten spór o kulturalne przodownictwo staje się widoczny również w polskim kościele, który tak jak wcześniej, może tylko w nieco mniejszym stopniu, zaliczany jest do najważniejszych czynników polskiej polityki i ducha czasów. *Rembert Schleichner* traktuje ten temat z perspektywy zaangażowanego katolika nie-Polaka, który poznał kraj i jego historię poprzez swoją działalność w Polsce, jak również we wspólnocie polskiej w Austrii. Jego artykuł uzupełniony jest „spojrzeniem od wewnątrz“ dziennikarza i krytyka kościoła *Jarosława Makowskiego*, który przedstawia trudności w samodefiniowaniu się kościoła w czasach Jana Pawła II oraz ze swadą krytycznie komentuje hierarchię kościelną.

Równie indywidualne podejście do aktualnie dyskutowanych spraw prezentuje *Kinga Dunin*, analizując swoje doświadczenia z feminizmem oraz z powstaniem po 1989 roku nowej rzeczywistości dla kobiet. Wynika z nich wprost, że świat dla tej części społeczeństwa w żadnym razie nie stał się tylko łatwiejszy i lepszy.

Podobne sprzeczności podkreśla również *Sławomir Sierakowski*, który, po przedstawieniu współczesnego teatru i literatury, żąda od nowej generacji kreatywnych twórców więcej politycznego zaangażowania, czym powiela odczucia dużej części coraz bardziej buntowniczej młodzieży.

Ta młodzież poszukuje nowej estetyki. *Markus Siber* wprowadza nas skrótowo w twórczość kompozytorską po drugiej wojnie światowej, aby skupić się w końcu na formach wyrazu, grupach współpracy i międzynarodowych powiązaniach nowej generacji kompozytorek i kompozytorów.

Klaus Bachmann dowodzi, że największy wkład w formowanie nowego polskiego społeczeństwa wnosi system edukacyjny, który poddany został ostatnio większym i mniejszym reformom. Autor podnosi oprócz tego kwestię, czy i jak podjęte reformy polepszyły szanse zdobycia wykształcenia.

3. Podsumowanie

Niezależnie od tego, jak barwny i różnorodny jest obraz Polski i jak jest on postrzegany w szczegółach, w sumie na pewno zasługuje on na respekt – respekt przed historycznymi osiągnięciami europejskiego kraju i jego obywateli, którzy w krótkim czasie dokonali demokratycznej i pokojowej transformacji. Liczne sprzeczności, słabości i niedoskonałości Polski stanowią cechy europejskiej normalności, za którą obywatele niektórych innych krajów wciąż jeszcze tęsknią. Dzięki swej różnorodności Polska pozostaje wciąż wdzięcznym obiektem zainteresowania.

Hans Holzhaecker/Franz Merli/Andreas Stadler/Gerhard Wagner

New Poland in Europe. An Introduction

Contents:

1. Starting Point and Objective of this Book
2. Comprehensive Transformation
 - 2.1. Politics
 - 2.2. Law
 - 2.3. Economics
 - 2.4. Society
3. Conclusion

1. Starting Point and Objective of this Book

Poland has played a crucial role in the peaceful revolution in Central Europe, the end of the Cold War and the collapse of communism. Through *Solidarność*, the Poles provided a new vision shortly before the turn of the century and at the same time gave their country a whole new face. Whilst the fall of the Berlin Wall is today regarded as a symbol of this revolution and of the end of the division of the world in a communist East and a free West, this process would never have been possible without the workers' strikes of the 1980s in Poland, especially the shipyard revolts in Gdansk, and without the compromises of the Round Table which succeeded in bringing together the enemy camps. *Solidarność* initiated a transformation which had previously been virtually unimaginable and which has changed fundamentally the whole life of the Poles.

Yet the evolution of Poland did not stop in 1990. The formation of a pluralistic party system, the redefinition of the role of the country in Europe, the transformation of the economy and of the law, and a new cultural orientation were all effected with ever new impetus which was triggered to a considerable extent by the requirements of EU accession. Poland is today a medium-sized European power and an important Member State of the EU which has its own distinct profile and specific interests which are characterised by economic dynamism, innovation and cultural self-confidence.

Relatively little of this is known in Austria. Outside specialist circles, many have a view of Poland which consists of old clichés that do not correspond with reality. This is particularly unfortunate as the much cited "cultural neighbourhood" between Austria and Poland has been extended to establish close political and economic relations and offers much potential for the future.

This book describes the changes which have taken place since 1989 and seeks to provide an overview of today's Poland and its development prospects. Although

not able and indeed not aspiring to be exhaustive, the book does offer an overall picture which goes beyond a mere snapshot of the present situation and which takes account of the role of Poland in the context of Europe. It intentionally transgresses the boundaries of purely academic discourse and is also aimed at non-specialists. With its range of contributing authors, the publication views its subject matter both from an internal and an external (in particular Austrian) perspective and thus includes comparative aspects, impulses for Austria as well as options for the development of bilateral relations between Poland and Austria.

2. Comprehensive Transformation

Despite the overlap in the different subject-matters and their interaction with one another, the book is divided into four sections bearing the titles Politics, Law, Economics and Society in order to provide for easier orientation amongst the abundance of topics dealt with. The chosen order is not indicative of the respective significance of the subject areas.

2.1. Politics

The citizens' committees together with a number of remarkable personalities within the *Solidarność* were able to compel the transformation through peaceful dialogue and then quickly made the first steps towards a fundamental regeneration of and radical reforms within the country. Whilst the *Solidarność* movement had exhausted itself relatively soon after the victory over communism and had lost much of its force, the post-*Solidarność* groups and the left bloc, as successor to the communists, continued the reforms in government. The Poland of the first years of transformation and the Poland of today are very different and yet cannot be entirely separated from one another.

This book describes the process which has taken place in Poland since 1989, contemporary Poland as the result of many years of continual reform, the dynamics of this development as well as the successes, failures and contradictions. The introductory article by *Gerhard Wagner* outlines the scope of these reforms, traces the construction of the political structures and describes the development of a stable party system which is not yet complete. On the basis of the election result of autumn 2005, *Andreas Pribersky* analyses the development of and changes to the party political system. He continues by illustrating the discontent of the Polish population with politics and the resulting comeback made by national traditions and "politics of memory" (*Gedächtnispolitik*) to the centre of the political exercise of power. *Edmund Wnuk-Lipinski* describes Polish civil society and its political culture which is increasingly progressing from an ethical, value-orientated system to a pragmatic and interest-orientated one.

Krzysztof Miszczak's article on Polish foreign and security policy focuses on Poland's integration into the West (membership of NATO and the EU), on the

problems with its western neighbour Germany which have remained even after the Polish-German reconciliation, and on the problems with its neighbours to the east, namely Russia and Belarus, especially in connection with the diversification of Polish imports of mineral oil and natural gas. The article also shows the efforts of Polish foreign policy to enable the country to play a role in Europe, and indeed in the world, that corresponds with its size. *Gerhard Eisl* takes a look at Polish foreign, security and European policy from an Austrian viewpoint and comments on the relations between Poland and its western and southern neighbours. In the latter context, he considers in particular the relations between Poland and Germany – which for historical reasons continue to be of a strained nature – and the intense efforts of both sides to further good neighbourly relations and to solve the bilateral problems still in existence. *Burkhard Bischof* examines Polish Eastern politics (“Ostpolitik”), something which is first and foremost a policy for dealings with Russia. He uses many historical examples to illustrate Poland’s self-declared mission of spreading democracy to its eastern neighbours and also describes the desire of the Polish to act as a bridge between their neighbours to the east and to the west. *Jan Barcz* analyses Polish-Austrian relations since the collapse of communism before going on to outline the challenges faced by Poland and Austria and to present options for the pursuit of common Polish-Austrian interests within the EU. *Emil Brix* considers the possibilities for political cooperation between the two countries in the context of the process of European integration. In doing so, he takes a look not only at their common interests within the EU but also offers his thoughts on the notion of common representation of partially or even completely differing interests. He also considers the effects which national positions adopted within the structures of the EU have on the bilateral relations between Austria and Poland.

From the very beginning, decentralisation, territorial reform and an extension of self-administration were accorded a decisive role within the plethora of reforms as they were aimed at creating democratic structures at both regional and local levels and eliminating the administrative culture of the communist period. However, the implementation of these reforms proved to be a long and arduous process. *Tomasz Grzegorz Grosse* takes a critical look at the system of decentralisation and regional self-administration which entered into force in 1999 and shows the deficiencies from which it still suffers today. He argues that economic growth in the regions and thus their competitiveness can only be increased by defining a genuine Polish regional policy and by providing the necessary financial resources to implement it. *Hermine Poppeller* analyses Polish regional policy under foreign policy considerations and thereby refers to an astonishing number of cooperation projects that exist between Austrian and Polish regions, towns and local authorities despite the restrictions imposed by the central government on cross-border cooperation in the sphere of regional self-administration in Poland. The cooperation projects contribute significantly to catching up on development deficits and to the generation of a stronger European identity.

2.2. Law

The sum total of the developments in Poland since 1989 is often referred to as a “return to Europe” and this is particularly true of Polish law. The introductory article by *Natalia Bulicz* and *Franz Merli* pinpoints the common European influences which have guided the legal developments in Poland and which range from a continuation of its own European traditions to the role of the European Convention on Human Rights and the conditions for accession to the EU. At the same time, the article shows just how extensive the rebuilding of the law had to be in order to guarantee a functioning democracy, the rule of law and a market economy and thus to fulfil the conditions for accession to the EU. The new constitution which, following provisional solutions and lengthy discussions, entered into force in 1997 was by no means sufficient to reach this goal. Instead, almost all areas of the law had to be remodelled, a process which took place gradually and in several waves.

The subsequent articles single out individual aspects of the new law by way of examples: social rights and freedoms, judicial control of the administration, the Ombudsman for civil rights and the state supervision of competition. These aspects are of particular interest for a number of reasons. Firstly, they are directly connected with the most important aims of the reform: social rights and freedoms, judicial control of the administration and Ombudsmen are all central to a system based on the rule of law which makes the protection of the individual the focal point. Furthermore, it is the supervision of competition rather than the mere lifting of controls on economic activities which guarantees a functioning market economy. Secondly, social rights and freedoms, judicial control of the administration and Ombudsmen follow on from specific Polish traditions which already existed prior to the end of communism and thus serve to demonstrate how the transformation did not have to start from zero. Above all, these legal aspects are today elements of a European standard – a standard which Austria does not reach entirely. Whilst the introduction of social rights and freedoms and of comprehensive judicial control of the administration continue to be subjects of discussion in Austria, their effects on case law and practice can already be studied with the help of the Polish examples provided in the articles by *Elżbieta Morawska* and *Jan Paweł Tarno*. The strong position of the Polish Ombudsman for civil rights, as described by *Bogusław Banaszak* and *Sylvia Jarosz-Żukowska*, provides a thought-provoking contrast to the comparatively weak Austrian Ombudsman Board. The similarities and differences between the two institutions form the subject of the article by *Armin Stolz*. *Cezary Banasiński*'s article on the Office for the Protection of Competition portrays one of the important tasks of this institution, namely the encouragement of former monopolists to engage in fair competition according to certain rules. Such laws and institutions concerning the establishment of fair competition are today necessary not only in countries with former planned economies but indeed in all EU Member States as they are now subject to liberalisation rules which affect the former state monopolies as concerns the provision of public services and infrastructure such as electricity, gas, telecommunications and rail transport. *Dragana Damjanovic* and *Michael Holoubek* elucidate the instruments employed by Austria in this context.

2.3. Economics

In 1990, the Polish government of the time began to remodel the Polish economy by means of a form of – now famous – shock therapy often referred to as “Big Bang”, the main purpose of which was to liberalise prices and foreign trade in one fell swoop. Since then, the Polish economy has undergone remarkable developments and became the first in Central and Eastern Europe to recover from the transformation recession. By 1995, the Polish economy had returned to its 1989 level; by 2005 Poland’s gross domestic product had reached a level one and a half times greater than that of 1989 and this does not take into account the considerable increase in the quality and usefulness of the products. Between 1994 and 1997 Poland was able to reach growth rates in its gross domestic product of between 5% and 7%, adjusted for inflation, and it was not until 1998 that the economy began to show signs of weakening. Nevertheless, growth rates could be maintained at over 4% until the year 2000. In 2001, the Polish economy entered a phase of low GDP growth caused by a combination of over-investment during the preceding years and high real interest rates. However, economic recovery began in the summer of 2002 and the economy has once again grown strongly since 2004.

Since the beginning of the transformation of the Polish economy into a functioning market economy, its economic structures have changed considerably and have become more similar to western European standards. Whilst the proportion of Polish gross domestic product (GDP) generated by agriculture was almost 13% in 1990, it has now reached a level of only 3%. However, almost 17% of the 12.7 million Poles in employment continue to work in the agricultural sector. Manufacturing and construction employ around 25% of the total workforce and together account for 30% of GDP. Until the 1980s, the main focus of Polish industry was on coal and steel. Today, the most important branches include the automobile, energy and chemical industries, wood processing, construction materials and food. The services sector has become the most important economic sector in Poland by a long way and accounts for 65% of GDP whilst employing 58% of workers. The great discrepancy between the percentage of GDP generated by agriculture and the number of people employed in the agricultural sector together with the small size of most farms presents Poland with the great challenge of restructuring and modernising the sector without at the same time destroying rural communities.

Contrary to the initial fears of many farmers, EU accession has made a very positive contribution to Polish agriculture and has already led to an increase in the incomes of Polish farmers. This becomes very clear in the article by *Elżbieta Kawecka-Wyrzykowska* entitled “The Accession of Poland to the EU – Initial Economic and Social Effects” and in the article by *Felix Mittermayer* and *Sebastian Zaleski* on “Rural Areas and Agriculture in Poland during the First Year of EU Membership”. It also emerges in these articles that EU accession has had the additional effect of inspiring developments in Polish foreign trade. Therefore, it can be concluded that EU accession will – not least due to the increased financial support proffered by the EU – support and encourage economic and social change in Poland. Austria belongs to those who benefit from this development. *Walter Resl* describes in his article “The

Bilateral Trade with Goods and Services between Austria and Poland. A Structural and Potential Analysis” how economic relations between Poland and Austria have been intensified and have benefited both countries. He also outlines the great potential which still exists in this field.

The article by *Hans Holzacker* entitled “The Economy of Poland and the Economy of the ‘Old EU’: Predominantly Harmony” shows that although the liberalisation of competition by the EU undoubtedly creates problems and generates pressure between the “old” and the “new” Member States, specialisation and competition are by no means the be-all and end-all of integration; more important is the transfer of know-how, management and capital. This is particularly true in the case of Poland as the country receives the most foreign direct investments in Central and Eastern Europe. Statistics from the Polish Agency for Foreign Investments show that these totalled around US \$84 billion between 1993 and 2004, a sum which equates to around 28% of the Polish gross domestic product of the year 2005. Whilst foreign direct investments were initially closely linked to privatisation, Greenfield investments or reinvested profits from Greenfield investments now account for around half of foreign direct investment inflows. In 2004, three-quarters of the foreign direct investments already came from EU countries. With its 40% share, industry is the sector receiving the greatest proportion of foreign direct investments by far. The financial services sector follows with 23%, trade with 12% and transport and telecommunications with 10%.

The structural shifts within the Polish economy have been substantially caused by the privatisation of state enterprises, a process which has now been completed with the exception of a few large corporations. Around 80% of all industrial production is today carried out by the private sector. In the banking sector, the market share of the privately-owned institutions has risen from 20% in 1993 to 80% in 2005 and almost 70% of the sector’s assets belong to institutions in foreign ownership. In her article entitled “The Polish Financial System on the Path to Monetary Union. An Austrian Perspective“, *Christine Gartner* examines the effects this and the accession to the EU have on the Polish banking system and what can be learned for its future development from Austrian experiences.

The next important step in Poland’s integration into the EU will be to join the Eurozone. In this regard, the greatest problem faced by the Polish economy is the budget. The total annual deficit in 2005 was 2.5% of GDP, a figure which increases to 4.3% of GDP however, if the transfers to the pensions funds of the second pillar of the pensions system are added. Whether or not these transfers are to be calculated as part of the total deficit is the subject-matter of ongoing negotiations between Poland and the EU. When and to what extent fiscal reforms will be carried out depends on political developments. In her article “The Polish Economy on the Path to the Eurozone“, *Leokadia Oręziak* describes the resulting tasks for fiscal and monetary policy and the challenges of participation in the so-called Exchange Rate Mechanism II, which reduces the permissible fluctuation of the złoty against the euro, in preparation for the introduction of the euro in Poland. Public finances also play an important role in the article by *Marek Góra* which bears the title “Future-Oriented Thinking: The New Pensions System”. However, the significance of the Polish pensions reform is by no

means restricted to the issue of budget policy. *Marek Góra* describes and applauds the extensive reform of the distribution of the national product between the generations which has been carried out in Poland. This reform has a whole host of consequences which affect not only active workers and pensioners but also the shaping of the capital market. The radical nature of some of the questions asked is quite startling when one is used to more gentle political tones in this context, as one is in Austria. This, together with the openness with which the arguments are expressed, are particularly noteworthy features of this article.

The essential ingredients for rapid economic growth now exist in Poland. Thanks to continued efforts in reducing costs, the financial situation and the liquidity of businesses have been greatly improved. Employment decreased by around 3% per year between 2000 and 2002, then at a slightly lesser rate and has begun to rise again since 2005. Nevertheless, the unemployment figure of 18% for 2005 was undoubtedly still very high, even though some authors argue that the figure is exaggerated because of deficiencies in the recording of these statistics. Now, the continued rise in investments will be decisive of whether or not Poland is able to enter a phase of continuous high growth. This is in turn dependent not only on favourable economic conditions but also on optimism and on a transparent political background and above all transparent and predictable economic policies. Imponderables within the spheres of European and fiscal policy result in exchange and interest rates volatility and in difficulties in calculating the costs and profits of investments, circumstances which would certainly hinder economic growth. Nevertheless, the prospects of Poland remaining a centre of growth in Europe are very good given the deep transformation Poland has already undergone.

2.4. Society

The section entitled “Society” takes a look in a number of snapshots at cultural developments in Poland since the democratic transformation of 1989. The introductory article by *Andreas Stadler* shows how Polish society has developed many different and diverse cultural identities and has integrated itself into all international trends. The individual and subjective approaches of the authors demonstrate the extent to which society is wrestling with old, new and indeed multiple identities in its globalized surroundings. The debate about the interpretation of recent Polish history, as described by *Włodzimierz Borodziej*, means that it is not possible to speak of *one* “Polish identity”.

The battle for “cultural hegemony” is also illustrated by the Polish church which continues to be one of the most important factors in Polish politics and “Zeitgeist”, when perhaps nowadays to a slightly lesser extent. *Rembert Schleicher* provides an introduction to this topic through the eyes of a committed, non-Polish Catholic who is familiar with Poland and its history due to his own work in Poland and also within the Polish community in Austria. His article is supplemented by the “inside view” of the journalist and church critic *Jarosław Makowski* who tells of the difficulties experienced by the church in its endeavours to find itself during the time of John Paul

II. He succeeds in spicing up a look at the hierarchy of the church with his critical comments and assessments.

Kinga Dunin offers an equally individual approach to a topical Polish theme with her analysis of her experiences of feminist discussion and of the modern reality for women since 1989. It soon becomes clear that the conditions for this half of society have not just become simpler and better – and why.

Sławomir Sierakowski gets to the heart of these contradictions by rounding off his portrayal of the contemporary theatre and literature of the new generation of creative artists by calling for a more political attitude to be adopted. In doing so, he captures the basic mood of one section of the ever-rebellious Polish youth.

The Polish youth is also searching for a new sense of aesthetics. *Markus Siber* provides us with a brief introduction to musical compositions since the Second World War before going on to describe the uses of musical forms, networks and the international integration of a whole new generation of composers.

Klaus Bachmann illustrates how the education system plays a central role in shaping modern Polish society. In describing the numerous reforms, both large and small, he seeks to answer the question of whether or not these reforms have improved educational opportunities in Poland.

3. Conclusion

Regardless of how colourful and diverse the picture of Poland turns out to be and regardless of how one chooses to judge it, it is certainly a country deserving of respect – respect for the historical achievements of a country and its people who have succeeded in bringing about a radical transformation in a peaceful and democratic way within a short period of time. Poland's contradictions, weaknesses and shortcomings are today part of a European normality which continues to be sought after by citizens of other countries. But this is not to say that Poland has become boring.